

Identität des Schweizers in Gefahr

Autor(en): **Beck, Roland**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **177 (2011)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Identität des Schweizers in Gefahr

Am 13. Februar 2011 kommt die Initiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» zur Abstimmung. Eine Initiative, die von einer Partei lanciert wurde, die sich die Abschaffung der Armee auf die Fahne geschrieben hat. Eine solche Initiative kann nur das Ziel haben, der Armee und der Wehrhaftigkeit der Schweiz zu schaden. Noch mehr, sie schadet auch den Schützenvereinen, die eine notwendige Ergänzung des Milizsystems sind und die sich wiederholt durch ihre wehrhafte Gesinnung als ausserordentlich wichtige Stütze unseres Wehrwesens verdient gemacht haben. Obendrein erschwert die Initiative den privaten Waffenbesitz, indem die Initiative von allen Waffenträgern einen Bedarfs- und Fähigkeitsnachweis verlangt: Eine Misstrauenskundgebung sondergleichen gegenüber freien Bürgern, die seit Jahrhunderten Waffenträger sind und diese Eigenschaft als Markenzeichen, ja als ihre eigentliche Identität als souveräne Schweizer verstehen.

Die Annahme der Initiative würde in der Tat das ausserdienstliche Schiesswesen und die obligatorischen Schiessübungen der aktiven Armeeangehörigen durch die Verwahrung der persönlichen Dienstwaffen in den Zeughäusern unerträglich erschweren und mit einer aufwändigen und teuren Bürokratie belasten. Das ausserdienstliche Schiesstraining mit der persönlichen Dienstwaffe ist nicht, wie selbst Offiziere behaupten, ein alter Zopf, sondern mehr denn je eine notwendige Ergänzung der kurzen jährlichen Dienstleistungen in unserer Milizarmee. Jüngste Erfahrungen aus den Kriegsgebieten lehren, dass der gezielte Einzelschuss auf grosse Distanz im Zeitalter der Terrorismusbekämpfung aktueller denn je zuvor ist. So wird in der Nato der gezielte Einzelschuss nicht nur auf 300 Meter, sondern auf 500 Meter trainiert und selbst Panzer werden zur Unterstützung der Infanterie eingesetzt, weil die hochentwickelte Optik des Panzers das gezielte Feuer mit Wuchtgeschossen auf Höchststrecken bei jeder Sicht und jeder Witterung erlaubt.

Aber nicht nur militärische Gründe sprechen gegen diese trügerische Initiative. Die Initiative verspricht mehr Sicherheit, bei näherer Betrachtung ist festzustellen, dass das Gegenteil der Fall ist. Denn Kriminelle lassen ihre Waffen nicht registrieren und zudem bilden die persönlichen Dienstwaffen der Armeeangehörigen nur einen Bruchteil der Waffen, die insgesamt in unserem Land vorhanden sind. So bedauerlich der Missbrauch von Waffen durch einzelne Bürger ist: Hunderttausende von Armeeangehörigen wissen mit ihrer persönlichen Dienstwaffe verantwortungsvoll umzugehen und lassen sich nichts zu Schulden kommen. Deshalb muss das heute schon strenge Waffenrecht nicht verschärft werden. Zudem hat die Armeeführung bereits diverse Massnahmen ergriffen, um die Gefahr des Missbrauchs von persönlichen Dienstwaffen zu minimieren.

Leider gibt es in unserem Land auch Offiziere, die sich unseren Argumenten verschliessen und die Initiative der Armeeabschaffer unterstützen. Diese Offiziere gehören selber zu den Armeeabschaffern, weil sie für die Abschaffung der Milizarmee schweizerischer Prägung sind und sich für die Bildung einer Durchdiener- oder Berufsarmee einsetzen. Sie sehen das Armee-Aufklärungsdetachment 10 als Nukleus einer sogenannt effizienten und professionellen Armee, die an der Seite der Nato in allen möglichen Weltgegenden eingesetzt werden kann. Solche militärische Überlegungen entbehren jeglicher politischer Grundlage und verstossen gegen unsere Verfassung. Sie sind verwerflich, weil sie jungen Offizieren ein Idealbild einer modernen Armee vorgaukeln, das sich in unserem Land nie verwirklichen lässt.

Bis am 1. April 2011 müssen die ArmeepLANER den überarbeiteten ArmeebERICHT vorlegen und aufzeigen, wie sie die Auflagen der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates umsetzen wollen. Dabei wird die Umschreibung der Bedrohung und die daraus resultierenden Konsequenzen für die Struktur und Doktrin unserer Milizarmee von besonderem Interesse sein. Mindestens die jüngsten Verlautbarungen lassen vermuten, dass im überarbeiteten ArmeebERICHT nicht mehr nur von einem Verteidigungskern, sondern von einer Verteidigungsarmee die Rede sein wird, die in ihrer Gesamtheit Kampf- und Schutzaufgaben erfüllen kann. Damit wird sich der Einsatz der Panzertruppen, der Artillerie und der Genie wesentlich verändern. Sie werden zu Unterstützungselementen einer modernen, polyvalenten Infanterie und müssen sich endgültig von der Gegenschlagsdoktrin des Kalten Krieges verabschieden.

Vorerst wird es aber darum gehen, mit vereinten Kräften die Initiative der Armeeabschaffer wuchtig zu verwerfen, damit die Identität des wehrhaften Schweizers unangetastet bleibt und wir mit Zuversicht der noch gefährlicheren Initiative zur Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht entgegensehen können, die unserer Milizarmee den Todesstoss versetzen könnte.

Roland Beck, Chefredaktor ASMZ
roland.beck@asmz.ch